

(Abg. Brodauf.)

(A) schaftlichen Kampfe immer mehr und mehr hervorgetreten sind. Ich glaube, mehr Interesse wird in der Öffentlichkeit die Klage über weitgehende Belästigung der persönlichen Freiheit erwecken. Die Klage, die in dem Antrage Böhme und der Interpellation Bleyer zum Ausdruck kommt, wird in der Öffentlichkeit mehr Interesse erwecken als die Klage der Sozialdemokratie über Beeinträchtigung des Koalitionsrechtes. Wer die Vorgänge in Sachsen verfolgt hat, wird nicht finden können, daß sich die Arbeiter im allgemeinen beklagen können über Beschränkung der Rechte. Man wird viel eher dazu kommen, konstatieren zu müssen, daß auf der anderen Seite, auf der Seite der Arbeiter, von den ihnen gegebenen Rechten mitunter ein Gebrauch gemacht wird, der den gesetzlichen Absichten nicht entspricht.

Es sind heute eine ganze Anzahl Fälle von Terrorismus angeführt worden. Ich will mich nicht ins einzelne verlieren, sondern bloß noch einiges wenige zum Angeführten beitragen. Wir hatten bei anderen Gelegenheiten hier zur Sprache gebracht das sozialdemokratische Verbot an die Arbeiter, bürgerliche Versammlungen zu besuchen. Ich denke wieder an dieses Verbot zurück und entsinne mich dabei verschiedener Erlebnisse. Wenn ich auf Wahlreisen ging, da habe ich es oft erleben können, daß ich, wenn ich ein Versammlungslokal besuchte, Spießruten laufen mußte durch von den Sozialdemokraten aufgestellte Posten. Die Versammlung sah man natürlich nur von wenig Leuten besucht, die sich dazu eingefunden hatten. Nicht bloß die Arbeiter bleiben fern, sondern auch solche Leute, die von den Arbeitern abhängig sind in geschäftlicher Hinsicht.

(Vielfaches Sehr richtig!)

Mir haben Arbeitgeber gesagt, sie kämen nicht, um sich nicht Unannehmlichkeiten auszusetzen.

(Abg. Hettner: Sehr gut!)

Von sächsischen Vorgängen möchte ich einen erwähnen. Es war ein großes Verdienst der „Zittauer Morgenzeitung“, daß sie vor einem Jahre gewisse Machenschaften aufdeckte, die bei Aufstellung eines sozialdemokratischen Bezugsquellenverzeichnisses in der sozialdemokratischen „Zittauer Volkszeitung“ vorgekommen waren.

(Widerspruch links.)

(zu den Sozialdemokraten gewendet)

Selbstverständlich, das haben Sie genau gewußt, daß diese Angelegenheit heute zur Sprache gebracht werden mußte, denn die Überzeugung werden Sie selbst nicht haben, daß es Ihren Herren in Zittau gelungen ist, sich vollständig

weiß zu waschen. Ich erhebe nicht den Vorwurf gegen Sie überhaupt, daß Sie Terrorismus, wie er dort vorgekommen ist, verlangen, daß Sie direkt die Anregung hierzu geben; aber der Vorwurf muß erhoben werden, daß Sie nicht in Ihrer Presse gegen Übelstände, wie sie der Herr Abg. Krauß in seinen Ausführungen zum Teil zugegeben hat, mit aller Energie vorgehen und sich dagegen wenden. Sie tun das Gegenteil.

Ich erinnere hier an einen Vorgang, der sich vor wenigen Monaten in Dresden abgespielt und die Gerichte beschäftigt hat. Da war von seiten des sozialdemokratischen Verbandes der Bauarbeiter eine Sperre verhängt worden über den Neubau eines Bauunternehmers in Dresden, um diesen Bauunternehmer zu zwingen, die im Gewerksverein — im Hirsch-Dunderschen — organisierten Maurer zu entlassen. Ich darf wohl vorlesen?

(Vizepräsident Vär: Wird gestattet.)

Da hatte der Bundesdelegierte Schwarze gesagt:

„Wir dürfen mit Euch nicht zusammenarbeiten, denn Ihr Hirsch-Dunderschen steht auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, welche wir als revolutionäre Partei bekämpfen.“

Nun wendet sich die „Dresdner Volkszeitung“ nicht etwa gegen den hier ausgeübten Terrorismus, sondern gegen den Verwalter des Arbeitsnachweises der Gewerksvereine in Dresden, Herrn Berndt. Dem wurde aus Anlaß jener Affäre der Vorwurf gemacht, er treibe Streikbrechervermittlung und lasse sich verräterische Handlungsweise zuschulden kommen. Also nicht gegen die, die den Terrorismus ausübten, richten sich die Vorwürfe, sondern gegen den Mann, der sich in berechtigter Weise gegen Terrorisierung wehrte.

Dann habe ich nicht gefunden, daß gegen Auswüchse Stellung genommen worden wäre, wie sie z. B. in folgendem sich zeigen. Es war bei der letzten Landtagswahl in Preußen, wo seitens der „Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands“ ein Geheimzirkular in Berlin herumgegeben wurde. Darin heißt es, wie folgt — der Inhalt ist bezeichnend dafür, daß auch von maßgebender Stelle Terrorismus gepredigt wird —:

„Sie“ —

nämlich die öffentliche Stimmenabgabe —

„wird uns dazu dienen, eine scharfe Kontrolle über die Stimmabgabe der Milchhändler, Krämer, Bäcker, Fleischer, Kohlen-, Holz- und Grünfranhändler usw. auszuüben. Alle die betreffenden Geschäfte existieren meist nur dank der Arbeiterkundschaft. Stimmen ihre